

Archiv für Sozialgeschichte

Herausgegeben von der
Friedrich-Ebert-Stiftung

59. Band · 2019

Verlag
J. H. W. Dietz Nachf.

Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von:

KIRSTEN HEINSOHN

THOMAS KROLL

ANJA KRUIKE

PHILIPP KUFFERATH (Geschäftsführender Herausgeber)

FRIEDRICH LENGER

UTE PLANERT

DIETMAR SÜSS

MEIK WOYKE

Redaktionsanschrift:

Friedrich-Ebert-Stiftung

Archiv für Sozialgeschichte

Dr. Philipp Kufferath

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Tel. 02 28/8 83 – 80 57

E-Mail: afs@fes.de

Herausgeberin und Verlag danken Herrn Martin Brost für die finanzielle Förderung von
Bearbeitung und Druck dieses Bandes.

ISSN 0066-6505

ISBN 978-3-8012-4270-1

© 2019 Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlag und Einbandgestaltung: Bruno Skibbe, Braunschweig

Satz: POPYRUS – Lektorat + Textdesign, Buxtehude

Druck: CPI books

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 2019

Inhalt

BEITRÄGE ZUM RAHMENTHEMA

»DIE WELT VERÄNDERN. REVOLUTIONEN IN DER GESCHICHTE«

<i>Kirsten Heinsohn/Dietmar Süß</i> , Probleme und Perspektiven der Revolutionsforschung	3
<i>Thomas Mergel</i> , Lokomotiven im Nachbau. Moderne Revolutionsgeschichte als Mimesisgeschichte	19
<i>Andreas Fahrmeir</i> , Revolutionäre Verlaufsmuster?	49
<i>Veit Groß/Julian Zimmermann</i> , Eine »revolutionäre Bewegung« im Trecento? Die Tragweite zweier Anachronismen für die Interpretation des Römischen Tribuns Cola di Rienzo (1313–1354)	61
<i>Theo Jung</i> , Die Stimme des Volkes und sein Schweigen. 1848/49 als Kommunikationsrevolution zwischen Erwartung und Erfahrung	99
<i>Kerstin Wolff</i> , Eine Revolution der Frauen? Die Frauenbewegungspresse und ihre Berichterstattung zur Novemberrevolution	131
<i>Christina Ewald</i> , Kampf um die Schule. Handlungsdynamiken und Handlungsspielräume in der Revolution 1918/19 am Beispiel der Bildungspolitik in Hamburg	147
<i>Mike Schmeitzner</i> , Der Kanzler als Historiker. Hermann Müller und die Geschichte der Novemberrevolution	171
<i>Willy Buschak</i> , »Sozialismus und Freiheit«. Wie eine kleine Gruppe im mexikanischen Exil der 1940er-Jahre zu einem neuen Verständnis von Revolution kam und welche Folgen das für Europa hatte	197
<i>Jan De Graaf</i> , Strikes as Revolutionary History? Probing the Potential for a Revolution in Post-1945 Europe through Wildcat Strikes	229
<i>Andrea Heidy Müller</i> , Kirche, Ethnizität und Mythos. Die »Revolution des Poncho« in Ecuador (1960–1990).....	253
<i>Frank Bösch</i> , Transnationale Revolutionen. Die Bundesrepublik und die Systemwechsel im Iran und in Nicaragua.....	271
<i>Etienne Dubslaff</i> , Die ostdeutsche Sozialdemokratie und die »friedliche Revolution«	287

FORSCHUNGSBERICHTE UND SAMMELREZENSIONEN

<i>Lutz Häfner</i> , Mehr als nur »zehn Tage, die die Welt erschütterten«. Literaturbericht anlässlich des Zentenariums der Russländischen Revolution von 1917	309
<i>Nadine Rossol</i> , Historisierung oder Popularisierung? Die Revolution 1918/19 zwischen öffentlichem Jubiläum und geschichtswissenschaftlichen Impulsen	347

<i>Rainer Behring</i> , Italien im Spiegel der deutschsprachigen Zeitgeschichtsforschung. Ein Literaturbericht (2013–2018). Erster Teil: Erster Weltkrieg, Kontroversen um den italienischen Faschismus und um Benito Mussolini	369
<i>Stefan Scholl</i> , Für eine Sprach- und Kommunikationsgeschichte des Nationalsozialismus. Ein programmatischer Forschungsüberblick	409
<i>Maren Möhring</i> , Jenseits des Integrationsparadigmas? Teil II: Forschungen zur transnationalen Arbeitsmigration in Europa nach 1945	445
<i>Gleb J. Albert</i> , Der vergessene »Brotkasten«. Neue Forschungen zur Sozial- und Kulturgeschichte des Heimcomputers	495
Summaries	531
Résumés	537
Die Autorinnen und Autoren des Bandes	543
Rahmenthema des nächsten Bandes des »Archiv für Sozialgeschichte«	549

Einzelrezensionen des »Archiv für Sozialgeschichte« finden sich unter
<<http://www.fes.de/afs>>

Etienne Dubslaff

Die ostdeutsche Sozialdemokratie und die »friedliche Revolution«

»Wende«, »Zusammenbruch«, »friedliche Revolution« – all diese Begriffe finden Verwendung, wenn die Zeit von 1989 bis 1990 in der DDR beschrieben werden soll. Die Benutzung dieser Charakterisierungen ist keineswegs neutral. Vielmehr schwingen sowohl historische als auch politische Wertungen mit.¹ Davon zeugt der ursprünglich von Egon Krenz geprägte Begriff der »Wende«, dessen Erfolg im Volksmund paradoxerweise darauf beruht, dass »er die Bewertung im Ungewissen lässt«.² Hat man jedoch den Anspruch, diesen Umbruch wissenschaftlich einzuordnen, muss man die Frage nach dem Kontext, den Akteuren, den damaligen Absichten und Handlungen, dem Erfolg des Prozesses und der nachträglichen Bewertung all dieser Faktoren durch die Akteure und die Wissenschaft stellen. Daraus ergibt sich eine Tendenz zum »Zusammenbruch« oder zur »friedlichen Revolution«.

I. DAS RINGEN UM DIE BEGRIFFE »ZUSAMMENBRUCH« UND »FRIEDLICHE REVOLUTION«

Hält man den »Zusammenbruch«, die »Impllosion« oder den »Zerfall« als treffende Bezeichnungen für diese Periode hoch, werden strukturelle Aspekte hervorgehoben. Man wählt unweigerlich eine Herrschaftsperspektive.³ Als Ursachen werden in diesem Fall ausgemacht: der Verlust der Existenzgarantie durch die Aufkündigung der »Brežnev-Doktrin«⁴, die miserable Wirtschaftslage, die Delegitimierung des SED-Regimes, die neuen Ausreisemöglichkeiten über Prag und Budapest im Sommer 1989 und die Unfähigkeit des Regimes, die Macht zu erhalten.⁵ Die Bürgerbewegungen und die Massendemonstrationen werden bei einigen Autorinnen und Autoren dann auch nur beiläufig als Faktoren des Zusammenbruchs erwähnt. Eine zentrale Rolle wird ihnen allerdings nicht zugeschrieben. Es bleibt allerdings fraglich, ob das Ende des immerhin bis dato als stabil geltenden Systems ohne die Mobilisierung von Massenprotesten und die Zurückerlangung von einer unabhängigen Öffentlichkeit eingetreten wäre.⁶ Zugespißt ausgedrückt: Aus dieser Darstellung erwächst der Eindruck, die DDR sei von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen, der überfällige Zusammenbruch nur die logische Konsequenz. Als Siegerin der Geschichte habe sich die Bundesrepublik endgültig als das bessere Deutschland erwiesen.

Ohne die Argumente, die für einen Zusammenbruch sprechen, dezidiert von der Hand zu weisen, gewichten die Historikerinnen und Historiker, die die Vorgänge in der DDR analytisch als revolutionär deuten, die gleichen Parameter anders. Die Gründe, die die Ver-

- 1 *Eckart Conze/Katharina Gajdukowa/Sigrid Koch-Baumgartner*, »1989« – Systemkrise, Machtverfall des SED-Staates und das Aufbegehren der Zivilgesellschaft als demokratische Revolution, in: *dies.* (Hrsg.), *Die demokratische Revolution 1989 in der DDR*, Köln/Weimar etc. 2009, S. 7–24, hier: S. 15.
- 2 *Konrad Jarausch*, Kollaps des Kommunismus oder Aufbruch der Zivilgesellschaft? Zur Einordnung der friedlichen Revolution von 1989, in: *ebd.*, S. 25–45, hier: S. 25.
- 3 *Ebd.*, S. 26.
- 4 *Ilko-Sascha Kowaleczuk*, Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR, Bonn 2009, S. 303.
- 5 *Koch-Baumgartner/Gajdukowa/Conze*, »1989«, S. 7–10; *Martin Sabrow*, Die unerhörte Begebenheit. Zum Charakter des Umbruchs in der DDR 1989, in: *Peter Hoeres/Armin Owzar/Christina Schröder* (Hrsg.), *Herrschaftsverlust und Machtverfall*, München 2013, S. 293–300, hier: S. 296–299.
- 6 *Koch-Baumgartner/Gajdukowa/Conze*, »1989«, S. 10–12.

fechter der Implosion vorbringen, bilden aus Sicht der Revolutionsthese den krisenhaften Kontext, der eine revolutionäre Dynamik ermöglichte. Der Hauptunterschied liegt in der Rolle, die den handelnden Akteuren beigemessen wird, ihrem Verhältnis zur Regierung, zum Regime, zum Staat und schließlich zum System der DDR. Dabei können die Absichten, Organisationsformen, Forderungen, Handlungen und Ergebnisse als Kriterien zur Unterscheidung innerhalb der DDR-Bevölkerung im Allgemeinen und innerhalb der im weitesten Sinne gefassten »Opposition« im Besonderen dienen.

Dass die analytische Anwendung des Revolutionsbegriffs auf die DDR innerhalb der Wissenschaft umstritten ist, wird nicht zuletzt daraus ersichtlich, dass ihm in der Regel ein einschränkendes Adjektiv hinzugefügt wird. Von vornherein wird auf den unvollendeten Charakter dieser »Revolution« hingedeutet, das Gesamtphänomen wird als »friedliche«, »demokratische«, »konservative«, »nachholende«, »protestantische«, »verhandelte«, »gezähmte« oder »abgebrochene« Revolution dargestellt.⁷ Eine eingehende Befassung mit den Implikationen eines jeden Adjektivs würde den hiesigen Rahmen sprengen. Es sei hier lediglich darauf hingewiesen, dass »friedlich«, »verhandelt«, »gezähmt« dem gewaltsamen, plötzlichen, radikalen und offenen Charakter einer Revolution zuwiderlaufen, genauso wie »konservativ« dem Fortschrittmoment einer Revolution und »abgebrochen« dem erfolgreichen Ausgang⁸ des Prozesses. Jürgen Habermas' Begriff der »nachholenden« Revolution lässt mitschwingen, dass die Bundesrepublik zumindest als kapitalistischer Sehnsuchtsort, wenn nicht gar als zentrale Figur die Revolution maßgeblich geprägt, ja, vollendet habe.⁹ Besonders unter westdeutschen Historikern ist die Revolutionsthese umstritten. Für Charles S. Maier rührt die Tatsache daher, dass viele Bürgerbewegte mit dem Entwurf eines »dritten Weges« zwischen »real existierender« DDR und »real existierender« Bundesrepublik in letzterer nicht das per se bessere Deutschland sehen wollten.¹⁰ Hartmut Zwahr fügt hinzu, dass die Westdeutschen sich damit schwertun, die Vorgänge in der DDR als Selbstbefreiung durch die DDR-Bürgerinnen und -Bürger wahrzunehmen.¹¹ Sie betonen daher gern den Transfer von bundesrepublikanischen Institutionen als das Mittel des profunden und unumkehrbaren Wandels in den neuen Bundesländern. Michael Richter gibt dagegen zu bedenken, dass die Einheit ohne vorangegangene Transformation (in) der DDR unmöglich gewesen sei und die Bundesrepublik folglich in keiner Weise alleiniger Akteur habe gewesen sein können.¹²

Es wird hier ersichtlich, dass politische Motive in die Wertung der Ereignisse hineinspielen, denn die Legitimität des Vergangenen steht bei der Bemühung des Revolutionsbegriffs auf dem Spiel.¹³ Eine vollwertige Revolution hat nämlich nicht nur das Ziel, profunde Veränderungen herbeizuführen, sie wird ex post nur so bezeichnet, wenn sie nicht nur

7 Ebd., S. 10–11.

8 Sabrow, Die unerhörte Begebenheit, S. 294. Der Erfolg gemessen an Dauerhaftigkeit und Umfang des Neuen gilt auch Peter Wende als maßgebliches Kriterium für die Revolution, vgl. Peter Wende, »Einleitung«, in: ders. (Hrsg.), Große Revolutionen der Geschichte. Von der Frühzeit bis zur Gegenwart, München 2000, S. 9–17, hier: S. 13.

9 Beate Ihme-Tuchel, Wende, Implosion, Umbruch, Revolution oder »Refolution« in der DDR? – Versuche zur Einordnung eines historischen Großereignisses nach 15 Jahren, in: Helmut Wagner (Hrsg.), Europa und Deutschland. Deutschland und Europa, Münster 2005, S. 322–334, hier: S. 326.

10 Charles S. Maier, Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus, Frankfurt am Main 1999 (zuerst engl. 1997), S. 206.

11 Hartmut Zwahr, Die 89er-Revolution in der DDR, in: Wende, Große Revolutionen der Geschichte, S. 357–373, hier: S. 358.

12 Michael Richter, Die doppelte Demokratisierung – eine ostdeutsche Besonderheit der Transition, in: Totalitarismus und Demokratie 3, 2006, H. 1, S. 79–97, hier: S. 95.

13 Mark R. Thompson, Die »Wende« in der DDR als demokratische Revolution, in: APuZ, 1999, H. 45, S. 15–23, hier: S. 19.

aus Sicht ihrer Akteure die gesetzten Ziele erreicht, sondern der nachträgliche Betrachter im Ergebnis eine positive Entwicklung ausmacht. Darin liegt der Unterschied zu »Rebellion«, »Aufstand«, mehr noch zu »Hochverrat«, »Staatsstreich« oder »Pallastrevolution«: Die ersten bleiben erfolglos, die drei anderen gelten in den Augen des Betrachters als illegitim. Aus der nachträglichen Postulierung der Legitimität zum Handeln kann jedoch auch die Legitimität zum zukünftigen Handeln abgeleitet werden. Anders ausgedrückt, könnte die Aufwertung der »Opposition« die Bürgerbewegten auch in der Bundesrepublik zu Höherem berufen.

Neben Erfolg und Legitimität ist auch der Modus Operandi ein zentrales Kriterium für die analytische Verwendung des Begriffs »Revolution«. Gegen den der »friedlichen Revolution« ist angeführt worden, dass es sich hierbei um ein Oxymoron handle, so prägend seien die blutigen Bilder der englischen, amerikanischen oder französischen Revolution.¹⁴ Martin Sabrow merkt jedoch an, dass sich der Revolutionsbegriff im Laufe der Jahrhunderte von den modernen Beispielen des Kampfes gegen die Monarchie emanzipieren konnte. Im Gegensatz zum »Aufstand« oder zur »Rebellion«, die ganz wie die Revolution der Mobilisierung des Volkes gegen die herrschende Elite bedürfen¹⁵, kann also die letztere durchaus einen friedlichen Verlauf nehmen. Am Rande sei bemerkt, dass der Begriff »friedliche Revolution« keineswegs von den Bürgerbewegungen geprägt wurde, sondern vielmehr von dem damaligen Regierenden Bürgermeister von Westberlin, dem Sozialdemokraten Walter Momper, der diesen Terminus während seiner Ansprache vor dem Schöneberger Rathaus am 10. November verwendete.¹⁶ Der Begriff selbst stammte also aus dem Westen und bezog sich auf den Mauerfall, also die Durchbrechung der sowohl symbolischen als auch materiellen Grenze zwischen beiden deutschen Staaten. Die Grenzöffnung war jedoch keine explizite Forderung der Demonstranten.

Mehr als das Kriterium der Gewalt sei die »Unumkehrbarkeit der von [der Revolution] bewirkten plötzlichen Veränderung« ausschlaggebend.¹⁷ Sigrid Koch-Baumgartner, Katharina Gajdukowa und Eckart Conze kommen zu einem ähnlichen Fazit und schlagen folgende Definition der Revolution vor:

»Eine Revolution ist eine abrupte, bruchartige, fundamentale Umwälzung des politischen Herrschaftssystems, die durch Massenmobilisierung herbeigeführt wird, [sic] und die in der Folge einen alle Gesellschaftsbereiche umfassenden radikalen Systemwandel herbeiführt. Das heisst [sic] in der Folge einer Revolution werden die Strukturen des Politischen [sic] Systems komplett umgestaltet, seine normativen, also Verfassungsgrundlagen werden genauso verändert wie die Verfassungswirklichkeit, also die Institutionen und Verfahren der politischen Entscheidungsfindung, die politischen Eliten werden ausgetauscht, ein Wertewandel wird eingeleitet. Gleichzeitig können auch das ökonomische System und die internationalen Bündniskonstellationen verändert werden.«¹⁸

Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, inwiefern die DDR in den Jahren 1989 und 1990 tatsächlich Schauplatz einer so definierten Revolution wurde und wer die Akteure dieses Umsturzes waren. Ganz besonders wird dabei nach der Rolle der Gründungsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei in der DDR gefragt, die im Nachhinein den Anspruch erhoben, die revolutionärste Vereinigung innerhalb der »Opposition« ins Leben gerufen zu haben.

14 Jean-Clément Martin, *Violence et révolution. Essai sur la naissance d'un mythe national*, Paris 2006.

15 Koch-Baumgartner/Gajdukowa/Conze, »1989«, S. 18.

16 Am 10. November beglückwünschte Momper »die Bürgerinnen und Bürger der DDR zu ihrer friedlichen und demokratischen Revolution«, zit. nach: Bernd Lindner, »Begriffsgeschichte der Friedlichen Revolution. Eine Spurensuche«, in: APuZ, 2014, H. 24-26, S. 33-39, hier: S. 36.

17 Sabrow, *Die unerhörte Begebenheit*, S. 294.

18 Die Mobilisierung des Volkes ist bei der Revolution ausschlaggebender als die Anwendung von Gewalt, vgl. Koch-Baumgartner/Gajdukowa/Conze, »1989«, S. 16f.

Die Frage, inwiefern die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP, dann SPD¹⁹) eine revolutionäre Partei gewesen sei, ist in der Geschichtsschreibung unterbelichtet geblieben.²⁰ Dies verwundert umso mehr, als die Akteure der Gründergeneration nachträglich in Podiumsdiskussionen, Zeitzeugengesprächen und Aufsätzen den Anspruch erhoben, das revolutionärste Unterfangen innerhalb der friedlichen Revolution sowohl initiiert als auch realisiert zu haben.²¹ Dabei ist die »Revolution« weder bei den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten noch bei den etwa gleichzeitig entstehenden Bürgerbewegungen ein Quellenbegriff. Es erscheint fast, als sei der Verweis auf das eigene revolutionäre Handeln erst im Nachhinein zum Tragen gekommen, nämlich nach Abschluss des revolutionären Prozesses – wenn es denn einer war – und nach dem Bedeutungsverlust der Handelnden als politische Akteure in der vereinigten deutschen Sozialdemokratie. So muss im Folgenden untersucht werden, worauf sich die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stützen, um dem Anspruch gerecht zu werden, Revolutionäre gewesen zu sein.

Um den Stellenwert der Sozialdemokratischen Partei in der DDR im Besonderen herauszuarbeiten, kann man sich kritisch auf die theoretischen Ansätze von Wolfgang Merkel zum Systemwechsel aus akteurstheoretischer Sicht stützen.²² Merkel unterscheidet analytisch drei Phasen in der Transformation, die für ihn gleichbedeutend mit Demokratisierung im westlichen Sinne ist.²³ Die kollektive Mobilisierung ist in der Endphase des scheidenden autokratischen Regimes am größten, flaut nach der Machtaufgabe beziehungsweise der Machtteilung ab, kann aber als Massenbewegung für ein kurzes Intervall die Agenda

19 Von Oktober 1989 bis zur auf der Delegiertenkonferenz von der Basis erzwungenen Änderung des Kürzels in SPD – bei Beibehaltung des ursprünglichen Namens – benutzte die Partei das Kürzel SDP. Zu Unterscheidungszwecken von der westdeutschen Partei wird hier das Kürzel SPD-Ost für die Zeit vom 13. Januar bis zum 26. September 1990 verwendet.

20 Bianca von der Weiden arbeitete die Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR als bewusst illegalen Akt im Rahmen der Bürgerbewegung heraus. Daniel Friedrich Sturm begrüßte in der Unternehmung das Anliegen, als Totengräber der DDR zu fungieren. Bei Peter Gohle fand das Adjektiv »revolutionär« allenthalben im Rahmen der Arbeit des Zentralen Runden Tisches Verwendung und bezeichnete sonst eher die Demonstranten, die Gründung der SDP gilt ihm vornehmlich als »Provokation«, vgl. *Bianca M. von der Weiden*, Das Profil der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP/SPD), in: *Petra Schuh/dies.*, Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90. SDP und SPD im Einigungsprozeß, München 1997, S. 13–180; *Daniel Friedrich Sturm*, Uneinig in die Einheit. Die Sozialdemokratie und die Vereinigung Deutschlands 1989/90, Bonn 2006; und *Peter Gohle*, Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD. Die Sozialdemokratie in der DDR und die Deutsche Einheit 1989/90, Bonn 2014.

21 *Dieter Dowe/Rainer Eckert* (Hrsg.), Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR. Diskussionsforum im Berliner Reichstag am 7. Oktober 1992, Bonn 1993; *Bernd Faulenbach/Heinrich Potthoff* (Hrsg.), Die deutsche Sozialdemokratie und die Umwälzung 1989/1990, Essen 2001; *Ilse Fischer* (Hrsg.), Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland. Politik- und Alltagserfahrungen sozialdemokratischer Volkskammerabgeordneter. Dokumentation einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung am 23./24. September 2010 in Berlin, Bonn 2012; *Markus Meckel/Martin Gutzeit*, Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte, Köln 1994; *Markus Meckel/Steffen Reiche* (Hrsg.), »Nichts muss bleiben, wie es ist.« Gedanken zur Gründung der Ost-SPD, Berlin 2010; *Wolfgang Herzberg/Patrick von zur Mühlen* (Hrsg.), Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR 1989. Interviews und Analysen, Bonn 1993.

22 *Wolfgang Merkel*, Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung, Wiesbaden 2010.

23 Ebd., S. 23–26 und 353–361. Zur normativen Benutzung des westlich geprägten Demokratiebegriffs und zur Gleichsetzung von Verwestlichung und Demokratisierung vgl. *Anja Krukel/Philipp Kufferath*, Einleitung: Krisendiagnosen, Meistererzählungen und Alltagspraktiken. Aktuelle Forschungen und Narrationen zur Demokratiegeschichte in Westeuropa, in: AfS 58, 2018, S. 3–20, hier: S. 12f.

der Transformation in der Phase der Institutionalisierung der Demokratie (Aufkommen neuer oder Veränderung alter Verfassungsorgane, Gründung von Parteien und Verbänden) maßgeblich mitbestimmen. Die tief greifende, oft verfassungsrechtliche Transformation, die in die Phase der Verfestigung neuer politischer Kulturen mündet, ist nicht mehr Sache der Massen, sondern neuer Eliten respektive das Verhandlungsergebnis zwischen Vertretern der alten und der neuen Führungsschicht.²⁴ Diese Phasen sind durchaus vereinbar mit der Definition der Revolution, wie sie Koch-Baumgartner, Gajdukowa und Conze prägen.

Wendet man Merkels Ausführungen auf die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der DDR an, reicht die erste Phase vom Sommer 1989 bis Anfang Dezember 1989. In diesem Herbst bezog die SDP ihre Legitimität daraus, dass diese dem Regime nicht entgegengesetzter hätte sein können. Ihre Macht resultierte aus der Bildung einer einheitlichen Oppositionsfront mit den Demonstrierenden und den Bürgerbewegungen. Dieser Schulterschluss gegen das Regime entspricht am ehesten dem Mythos der (in diesem Fall) »friedlichen« Revolution als einem Moment, in dem Volk und Regime sich entgegenstehen und der Ausgang offen erscheint. Mit der Bildung der Regierung Modrow im November und der Einsetzung des Zentralen Runden Tisches am 7. Dezember, jener De-facto-Teilung der Macht zwischen Regime und Opposition, begann die Ära der »ausgehandelten« Demokratisierung beziehungsweise Revolution, die bis zur ersten freien Volkskammerwahl am 18. März 1990 anhielt. In diesen dreieinhalb Monaten wurden die Macht des Regimes Zug um Zug zurückgedrängt und die Voraussetzungen für die institutionelle Demokratisierung geschaffen. Die SDP/SPD-Ost wurde vom Regime als Machtfaktor wahrgenommen; die Legitimität der jungen Partei rührte aus ihrem Anspruch, die DDR als autonomen Staat demokratisieren zu wollen.

Nach den ersten freien Parlamentswahlen, deren Ergebnis einhellig als »Plebiszit für die deutsche Einheit« gewertet wurde, begannen parallel zu der Konsolidierung der Demokratisierung auch die Reformen in der DDR. Vor allem zum Zweck der Angleichung an den institutionellen Rahmen der Bundesrepublik. Die Hoffnung, einen »dritten Weg« zwischen real existierendem Sozialismus und bundesrepublikanischem System zu schaffen, erhielt vom Wahlvolk eine Absage. In der Folge unternahm die SPD-Ost den Versuch, die alte Bundesrepublik und die westdeutsche SPD als Partnerpartei anhand positiver Aspekte der DDR zu reformieren. Im engeren Sinne war die revolutionäre Phase damit abgeschlossen und findet hier nur am Rande Beachtung. Die Konsolidierung der Demokratie auf lange Sicht, Merkels dritte Phase, kann hier nicht behandelt werden, da zur kulturellen Verfestigung der westlich verstandenen Demokratie innerhalb der autonomen DDR nicht die nötige Zeit blieb. Will man diese jedoch wie Merkel als Wesensmerkmal einer geglückten Revolution im Sinne einer nachhaltigen Demokratisierung ansehen und sie erst nach der Herstellung der Deutschen Einheit als erfüllt erachten, kann tatsächlich nicht von einer DDR-intern vollendeten Revolution gesprochen werden.²⁵

II. DER REVOLUTIONÄRE HERBST: DAS SOZIALDEMOKRATISCHE SELBSTVERSTÄNDNIS ALS MITTEL ZUR GRUNDSÄTZLICHEN INFRAGESTELLUNG DER REGIERUNG, DES REGIMES, DES STAATS UND DES SYSTEMS IN DER »FRIEDLICHEN REVOLUTION«?

Merkel sieht in der Gegnerschaft zur Regierung, zum Regime, zum Staat und schließlich zum System eine Steigerung, die auf der Stabilität jener vier Widerparte beruht. Unter Regime begreift er »die formelle und informelle Organisation des politischen Herrschafts-

²⁴ Merkel, Systemtransformation, S. 91–96.

²⁵ Richter, der insgesamt sieben Phasen ausmacht, sieht in dem Handeln der frei gewählten Volkskammer und in der Vereinigung als Institutionstransfer die sechste und siebente Phase der revolutionären Demokratisierung, vgl. Richter, Die doppelte Demokratisierung, S. 88–97.

zentrums«, den Staat als »dauerhafte Herrschaftsstruktur, die in ihrem Kern die legitimen und illegitimen Zwangsmittel einschließt«. Weiterhin führt er aus: »Was sich bei einem Regimewechsel ändert, ist weniger die Organisationsform des Staates selbst als die Definition dessen, was legitime oder illegitime Anwendung der staatlichen Zwangsmittel sind.« Für einen Systemwechsel bedarf es schließlich eines Wechsels in den drei vorher genannten Ebenen zusätzlich zu dem auf dem Gebiet der Wirtschaftsstrukturen und der gesellschaftlichen Mentalitäten.²⁶

Wendet man sich den Diskursen der Sozialdemokratischen Partei in der DDR aus dem Sommer/Herbst 1989 zu, kommt man zu anderen Schlüssen als Merkel. Markus Meckel, mit Martin Gutzeit der Hauptinitiator des Unterfangens, spricht bezüglich der SDP-Gründung von einer »Kopfgeburt« und erhebt damit im Nachhinein den Anspruch, das revolutionärste Vorgehen innerhalb der Opposition in der DDR ins Leben gerufen zu haben.²⁷ Die Gefühlsebene, die für die Revolutionsästhetik durchaus prägend ist, gerät völlig ins Hintertreffen, und das Unterfangen scheint auf den ersten Blick rein taktischer Natur zu sein.²⁸ Um die revolutionäre Tragweite der Parteigründung in situ zu erkunden, muss man sich zuerst der Frage widmen, worauf es die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten absahen.

Dass die Gründergeneration strategisch dachte, lässt sich nicht zuletzt an der Wahl der Daten festmachen. Der Gründungsaufruf wird am 26. August 1989 im Rahmen eines Symposiums anlässlich des 200. Jubiläums der Erklärung der Menschenrechte verteilt und vorgestellt. Damit wird explizit ein Bezug zur Mutter aller Revolutionen hergestellt. Die Gründung erfolgte nicht zufällig am 7. Oktober 1989, am Tage des 40. Jubiläums der DDR. Auf den ersten Blick könnte diese Tatsache als Angriff auf den Staat DDR gewertet werden, muss jedoch als »nachhaltiges Geschenk« zum 40. Jahrestag der Staatsgründung gewertet werden.²⁹

Die Wahl der Daten wäre aber rein symbolischer Natur, wenn der Inhalt den revolutionären Anspruch nicht untermauert hätte. Dabei sind die Zielsetzungen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und die Wahl der Partei als Organisationsform ausschlaggebend. Im »Gründungsaufruf« findet man zu den Zielen bündig:

»Unsere Gesellschaft wird durch den absoluten Wahrheits- und Machtanspruch der SED bestimmt, auf den hin alle Verhältnisse in Staat und Gesellschaft geordnet sind. Die Kluft zwischen ideologischem Anspruch und Wirklichkeit tritt jedoch immer klarer hervor. Die notwendige Demokratisierung unseres Landes hat die grundsätzliche Bestreitung eines solchen absoluten Wahrheits- und Machtanspruchs zur Voraussetzung. Dazu gehört eine offene Auseinandersetzung mit den Grundlagen des Stalinismus und seiner Ausprägung in Geschichte und Gegenwart der DDR.«³⁰

26 *Merkel*, Systemtransformation, S. 63–66.

27 »Man kann sagen, mit dieser Entscheidung von Gutzeit und mir, das war eine Kopfgeburt, das war eine strategische Entscheidung, die auch nichts mit den Verwandten zu tun hatte, das sind eher emotionale Bezüge gewesen, wenn es aber etwas strategisch Sinnvolleres gegeben hätte, hätten wir auch das gemacht. Das rührte aus dem eigenen geistigen, geschichtlichen und philosophischen Hintergrund von der notwendigen Unterscheidung zwischen Gesellschaft und Staat her. Es war eine klare politisch-geistige Entscheidung, die nicht von familiären Verbindlichkeiten bestimmt war«, vgl. Gespräch mit Markus Meckel, Berlin, 22.3.2011.

28 *Kruke/Kufferath*, Einleitung: Krisendiagnosen, Meistererzählungen und Alltagspraktiken, S. 16.

29 Gespräch mit Steffen Reiche, Berlin, 30.3.2011. Reiche meint dies ironisch dem Regime gegenüber, nicht jedoch in Bezug auf die DDR.

30 *Martin Gutzeit/Markus Meckel*, Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei in der DDR, 27.7.1989, in: *dies.*, Opposition in der DDR, S. 364–386, hier: S. 365. Vgl. auch *Markus Meckel*, Programmatiker Vortrag zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 7. Oktober 1989 in Schwante, in: *ebd.*, S. 379–396. Zur Entstehungsgeschichte beider Texte vgl. *Gohle*, Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD, S. 71–75 und 83–87. Zum »Stalinismus« und zur »Diktatur« des SED-Regimes in der Wahrnehmung der SDP-Gründerinnen und -Gründer vgl. auch die Gespräche mit Konrad Elmer-Herzig, Potsdam, 23.6.2011, Susanne Kschenka (geb. Seils), Cottbus, 29.9.2011, und mit Oliver Richter, Berlin, 14.12.2011.

Es muss unterstrichen werden, dass in den Augen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das DDR-Regime »stalinistisch« und somit »diktatorisch« – also illegitim – ist.³¹ Augenscheinlich wird hier lediglich die freie Meinungsäußerung eingefordert. Aus den mythischen und verfassungsrechtlichen Grundlagen (Artikel 1 der DDR-Verfassung) des DDR-Regimes heraus ergibt sich jedoch ein weit grundlegenderer Angriff, der sich in der Schaffung einer unabhängigen »Gegenöffentlichkeit« nicht erübrigt. Für viele Vertreter der Revolutionsthese in der DDR bestehen die revolutionären Verdienste der Bürgerbewegungen, und ganz besonders jene des am 9./10. September 1989 gegründeten »Neuen Forums«, darin, die Bevölkerung aus ihrer jahrzehntelangen Sprachlosigkeit befreit zu haben und – nomen est omen – ihr die Möglichkeit gegeben zu haben, ihre Unzufriedenheit kundzutun.³² Die SDP-Gründerinnen und -Gründer, zum Großteil seit Jahren in der »Initiative Frieden und Menschenrechte« (IFM) aktiv und mit Vertretern anderer Gruppierungen vernetzt, wollten es bei der Schaffung einer Gegenöffentlichkeit nicht belassen. Mehr noch, Markus Meckel schließt aus seiner eigenen Erfahrung mit den Bürgerbewegungen, dass diese Form der »Opposition« wirkungslos und letzten Endes gar undemokratisch gewesen sei.³³

Laut dem am 7. Oktober angenommenen Statut der SDP sollte über die Einführung der Meinungsfreiheit hinaus die Aktivierung des Volkes erreicht werden. Die Selbstbefreiung des DDR-Volkes sollte über die Einführung eines wahrhaftigen Parteienpluralismus, eine Diversifizierung der Eigentumsverhältnisse und die Schaffung einer ökologisch orientierten Marktwirtschaft erfolgen. Anders ausgedrückt, in den Augen der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten reichte es nicht (mehr), die Voraussetzungen dafür zu schaffen, sich mit der real existierenden DDR durch den Abbau von Frustrationen zu arrangieren, es mussten Taten her, die das Land grundsätzlich verändern sollten.

»In entschiedener Ablehnung allen totalitären politischen Denkens und Handelns bemüht sich die SDP in Zusammenarbeit und gleichberechtigtem Wettstreit mit anderen demokratischen Kräften um die Entmonopolisierung, Demokratisierung und Teilung der Macht in Staat und Gesellschaft mit dem Ziel des Aufbaus einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie. Eine solche Demokratie erfordert die möglichst klare Unterscheidung von Staat und Gesellschaft, das heißt u. a. eine Trennung von Staat und Parteien und Staat und Kirchen.«³⁴

31 Die Akteure der »friedlichen Revolution« sowie die meisten Historikerinnen und Historiker sprechen bezüglich der DDR von einer Diktatur. Die Alltagsgeschichte der DDR hat jedoch aufgezeigt, dass die Intensität der Repression in den 1980er-Jahren nachließ, womit eher von einem autoritären Regime gesprochen werden müsse, vgl. unter anderem *Alf Lüdtke*, *La République démocratique allemande comme histoire. Réflexions historiographiques*, in: *Annales*, 1998, S. 3–39, und *Larissa Zakharova*, *Le quotidien du communisme: pratiques et objets*, in: *Annales*, 2013, S. 305–314. Merkel spricht seinerseits von einem »eingefroren[en] posttotalitär[en] [...] weitgehend geschlossenen autokratischen DDR-Regime«, vgl. *Merkel*, *Systemtransformation*, S. 353.

32 *Jarusch*, *Kollaps des Kommunismus oder Aufbruch der Zivilgesellschaft?*, S. 34; *Klaus-Dietmar Henke*, 1989, in: *ders.* (Hrsg.), *Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte*, München 2009, S. 11–46, hier: S. 25f.

33 Eine gewisse auch nachträglich noch ausgefochtene Konkurrenz mag hineinspielen, wenn Meckel über Bärbel Bohley und das Neue Forum sagt: »Und dann kamen wir zu der – »wie ich immer noch glaube« – handlungsfähigsten Struktur, also zur Partei, während andere, wenn man sich den Aufruf des Neuen Forums anschaut, mehr zum Dialog aufriefen. Es gab da ja nicht einmal eine Mitgliedschaft. Ich habe damals immer polemisch gesagt, wenn Bärbel Bohley von einem Journalisten angerufen wird, dann glaubt sie als Mutter der Revolution für Hunderttausend zu sprechen über das, was sie nachts geträumt hat. Weil es eben keine gewählte Struktur gab. Wenn bei uns jemand redete, war klar, der redete im Auftrag derer, die für ihn gewählt hatten«, vgl. Gespräch mit Markus Meckel.

34 [*Konrad Elmer*], Statut der SDP – Sozialdemokratische Partei in der DDR – SDP, Artikel 5, Archiv der DDR-Opposition der Robert-Havemann Gesellschaft (RHG), SDP 01.

Auf den ersten Blick erscheint dieses Ansinnen der DDR-Wirklichkeit so sehr entgegengesetzt, dass beinahe davon ausgegangen werden könnte, dass nicht nur die Regierung und das Regime grundsätzlich angegriffen wurden, sondern vielmehr die DDR als legitimer Staat, ja als System. Die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten beabsichtigten jedoch nach damaligem Bekunden nicht, die DDR abzuschaffen. Vielmehr trachteten sie danach, die Einheit aus Staat und Partei aufzubrechen. Sie entwarfen die Vision einer eigenständigen DDR ohne Führung durch die SED. Das belegt nicht nur das oben erwähnte Gründungsdatum, sondern auch der Name und das Kürzel »Sozialdemokratische Partei in der DDR« (SDP). Als Neugründung wollte die neue Partei unterstreichen, dass sie keiner reformistischen Abspaltung vonseiten der SED entsprang.³⁵ Gleichzeitig unterstrich die Wahl eines eigenen Namens und Kürzels, dass die SDP auf die Eigenständigkeit ihrer Partei und ihres Staats und auf die Unabhängigkeit von der nunmehr westdeutschen SPD bestand. Dieses Vorgehen war nicht unumstritten: Steffen Reiche und Thomas Krüger hätten die legal mögliche Reaktivierung der Ostberliner SPD-Büros, die bis zum Mauerbau 1961 offen geblieben waren, bevorzugt.³⁶ Die Neugründung sollte indes das mythische Fundament der SED als Ergebnis der Fusion aus KPD und SPD, auf welchem der verfassungsmäßig verankerte Machtanspruch der Partei fußte, zunichtemachen.

Damit nicht genug: Die Einbettung in die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie sollte dazu dienen, den Mythos der Emanzipation, also der Selbstbefreiung aus der Unterjochung, hochzuhalten, wie Meckel es anlässlich seines »programmatischen« Vortrags am 7. Oktober ausführte:

»Mit der Wahl des Namens stellen wir uns bewußt in eine alte Tradition. Der Grundcharakter der deutschen Sozialdemokratie war von Anfang an das Eintreten für die Benachteiligten im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Prozeß – und das waren zuallererst die Arbeiter. Dabei war der Ansatz von vornherein nicht paternalistisch, sondern lag in der Mobilisierung der Betroffenen, die in der SPD zum Subjekt ihres eigenen Befreiungskampfes wurden.«³⁷

Mit der Partei als Methode des politischen Kampfes verbanden die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der DDR den Anspruch, über die bloße Regierung – beziehungsweise im Falle der DDR über die ZK-Führung – hinaus das alte Regime zu stürzen und das verbindliche Programm dank demokratischer Mehrheiten selbst umzusetzen.³⁸

Die SDP wollte mittels freier Wahlen an die Macht gelangen und sich nicht durch einen Staatsstreich an die Macht hieven. In diesem Sinne muss auch der Bezug zur deutschen Sozialdemokratie Ende des 19. Jahrhunderts verstanden werden, als die SPD beschloss,

35 In keiner Weise ist die »friedliche Revolution« von Softlinern in der SED mitinitiiert oder gar durchgeführt worden, wie es zum Beispiel Heinz Fritz Niemann und Siegfried Prokop behaupten, vgl. *Heinz Fritz Niemann/Siegfried Prokop, Sozialdemokratie als Idee und Tradition in der DDR: Versuch eines Problemaufrisses*, Berlin 1995. Merkel betont, dass die Kreise um Egon Krenz und Günter Schabowski keineswegs als Softliner gelten dürfen, vgl. *Merkel, Systemtransformation*, S. 353.

36 Gespräche mit Steffen Reiche, Torsten Hilde, Berlin, 27.9.2011, Johannes Richter, Berlin, 12.12.2011, Oliver Richter und Angelika Barbe, Dresden, 9.1.2012; *Gohle, Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD*, S. 78f.

37 *Meckel, Programmatischer Vortrag zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP)*, S. 383f.

38 Für Meckel sei eine Partei, die nur für ihre Mitglieder spreche, demokratischer als Bewegungen, in denen sich jeder berufen fühlen könne, über alles und für alle zu sprechen, vgl. Gespräch mit Markus Meckel, und *Markus Meckel, Konsequenzen aus den Erfahrungen der Oppositionszeit: Partei oder soziale Bewegung?*, in: *Dowle/Eckert, Von der Bürgerbewegung zur Partei*, S. 53–66, hier: S. 60.

die Revolution solle fortan über Wahlen herbeigeführt werden.³⁹ Dennoch agierten die Initiatoren sehr bewusst aus der Illegalität heraus. Diese galt ihnen gar als legitimitätsstiftend, da sie ihnen Beweis für die Illegalität des Regimes war: »Wir wissen, dass [die Bildung einer Sozialdemokratischen Partei] zur Zeit nicht möglich ist. [...] Deshalb machen wir den Vorschlag, eine Initiativgruppe zu bilden, die für die Voraussetzungen einer legalen Parteigründung und ihre Vorbereitung arbeitet.«⁴⁰

Ganz wie die anderen ihrerseits vornehmlich legalistisch⁴¹ agierenden Bürgerbewegungen riefen sie jedoch zu keinem Augenblick zur Ausübung von Gewalt auf oder wandten welche an, was in erheblichem Maß zum sprichwörtlich friedlichen Charakter der Revolution beitrug. Die ostdeutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen bis heute im Begriff der »friedlichen Revolution« kein Oxymoron sehen.

Der Anspruch, selbst die Veränderungen in der DDR vorzunehmen, war im Oktober 1989 innerhalb der »Opposition« ein Alleinstellungsmerkmal. Damit standen die Gründerinnen und Gründer im Widerspruch zu ihrem bisherigen Handeln innerhalb der meist kirchlichen Bürgerbewegungen, die mit ihrem Protest auf Reformen innerhalb des Systems drängten. Für Klaus-Dietmar Henke bedeutet die Wahl der Form der »klassischen Partei« folglich einen Bruch innerhalb der Bürgerbewegungen, die viel stärker basisdemokratisch geprägt waren und auf eine »selbstbestimmte Lebensform« pochten. Während die Bürgerbewegungen vorwiegend »staats- und machtskeptisch« gewesen seien, rangen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten um diese Macht, die sie allerdings unter völlig anderen Vorzeichen selbst ausüben wollten.⁴² Somit decken sich Henkes Interpretationen mit der Unterscheidung Klaus Armingeons⁴³ zwischen »Partei« und »Bewegung«. Im Verhältnis zu repräsentativer Demokratie beziehungsweise zur Basisdemokratie sieht auch Richter eine wesentliche Ausdifferenzierung der Bürgerbewegungen nach dem Mauerfall.⁴⁴

Allen Unterschieden in den Ansprüchen zum Trotz erklärten sich die SDP-Gründerinnen und -Gründer solidarisch mit allen in ihrem Sinne demokratisch gesonnenen Gruppen, nicht zuletzt mit den Demonstrierenden, mit denen sie sich in ihrem Kampf gegen das Regime vereint sahen. Noch vor Gründung der Partei hatte die Initiativgruppe am 4. Oktober 1989 einen »Gemeinsamen Aufruf« mit Vertretern von der IFM, dem »Demokratischen Aufbruch«, dem »Friedenskreis Pankow«, von »Demokratie Jetzt!«, dem »Neuen Forum« und der »Gruppe Demokratische SozialistInnen« unterzeichnet, der als gemeinsamer

39 »Schon früh band die Sozialdemokratie die Verfolgung ihrer Ziele an demokratische Wege und Methoden, d. h. an Rechtsverfassung und -normen«, vgl. *Meckel*, Programmatisher Vortrag zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), S. 383. Zu der aus Reaktion auf die Sozialistengesetze programmatischen Radikalisierung bei gleichzeitigem Rückgriff auf Wahlen als Mittel, um an die Macht zu gelangen, vgl. *Heinrich Pothoff/Susanne Miller*, Kleine Geschichte der SPD. 1848–2002, Bonn 2002, S. 50–53, und *Dieter Dowe*, Von der Arbeiterpartei zur Volkspartei. Programmentwicklung der deutschen Sozialdemokratie seit dem 19. Jahrhundert, Bonn 2007, S. 8.

40 *Gutzeit/Meckel*, Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei in der DDR, S. 366f.

41 *Hans Michael Kloth*, Vom »Zettelfalten« zum freien Wählen. Die Demokratisierung der DDR 1989/90 und die »Wahlfrage«, Berlin 2000, S. 184f.

42 *Henke*, 1989, S. 25f.

43 Für Armingeon besteht der Wesensunterschied zwischen Parteien und Bewegungen darin, dass Erstere ein allgemeines Programm entwerfen und dieses selbst umzusetzen gedenken, wogegen Letztere meist einzelne Politikfelder besetzen und Einfluss auf die Entscheidungsträger suchen, damit ihre Anliegen in konkrete Politik umgemünzt wird, vgl. *Klaus Armingeon*, Parteien, Verbände und soziale Bewegungen, in: *Herfried Münkler* (Hrsg.), Politikwissenschaft. Ein Grundkurs, Reinbek 2003, S. 447–489.

44 *Henke*, 1989, S. 25–29; *Richter*, Die doppelte Demokratisierung, S. 86f.

Forderungskatalog gelten kann.⁴⁵ Meckels »Vortrag« und die Pressemitteilung, die am 7. Oktober 1989 veröffentlicht wurde, riefen ebenfalls dazu auf, eigene Gruppierungen und Parteien zu gründen, sofern man sich mit den Prinzipien der SDP nicht einverstanden fühle. Somit wurde der Herstellung von Pluralismus absoluter Vorrang gewährt.⁴⁶ Dieser Schulterschluss über inhaltliche Differenzen hinweg erwuchs aus der gemeinsamen Feindschaft zum Regime und sollte Bestand haben, solange das Regime als stabil erachtet wurde.

Entgegen der These Sturms war die Überwindung der DDR, ja eine zügige Wiedervereinigung, also ein restloser Systemwechsel zugunsten des offiziellen »Klassenfeindes«, kein beabsichtigter Zweck der SDP-Partei Gründung.⁴⁷ Vielmehr geißelte Meckel am 7. Oktober jene, die »einfach nur eine Wiedervereinigung als Angliederung an die Bundesrepublik« und keine andere Alternative zum »[ges]cheiter[ten] realsozialistischen Modell« als das »kapitalistische System« in Betracht ziehen wollten.⁴⁸ Laut SDP müssten die Eigentumsformen bei gleichzeitiger demokratischer Kontrolle der Wirtschaft in Hinblick auf demokratische Entscheidungsfindung, soziales Wohl und ökologische Verträglichkeit vermischt werden.⁴⁹ Ob dieser »dritte Weg« zwischen real existierender DDR und Bundesrepublik, das heißt zwischen zwei deutschen Staaten, ohne vollends gegensätzliche politische und wirtschaftliche Gründungsmythen als Legitimation an sich gangbar war, muss dahingestellt bleiben. Mehr noch, ob für ein solches Experiment Mehrheiten hätten gewonnen werden können, ist mehr als fraglich.

Aus eigener Kraft waren solche Vorstellungen nicht umzusetzen, dafür waren die rund vierzig Gründungsmitglieder ein verschwindend kleiner Teil der aufkommenden Gegenöffentlichkeit und beginnenden De-facto-Pluralisierung. Dennoch bleibt wichtig, dass die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten programmatisch auf einen Regierungs-, Regime- und Systemwechsel abzielten, nicht jedoch auf die Aufgabe »ihres« Staats. Ihr Vorgehen muss vielmehr als Bekenntnis zur autonomen DDR verstanden werden. Die von Merkel entworfene Steigerung scheint aus sozialdemokratischer Sicht nicht der gleichen Reihenfolge zu folgen, und es bedarf keines Angriffs auf den Staat, um einen Systemwechsel einzufordern.

Bisher wurde sich dem revolutionären Anspruch nur von der programmatischen Ebene her genähert. Betrachtet man die tatsächliche politische Identität der SDP, kommt man nicht umhin festzustellen, dass die Gründergeneration in ihrer Zusammensetzung jener der SED-Führung entgegengesetzter nicht hätte sein können. Sofern eine Revolution im sozialen Sinne »von unten«, also vom Volk als Gegenstück zu den »alten« Eliten aus erfolgt, ist die personelle Zusammensetzung des Gründerkreises problematisch: Mit einem verschwindend geringen Arbeiteranteil, der dem der Zahnärzte entspricht (6,7 %), bei gleichzeitiger überwältigender Mehrheit an Theologen (40 %) kann keineswegs von einem unterprivilegierten Milieu gesprochen werden.⁵⁰ Dass die Wortführer der Bürgerbewegungen und nicht zuletzt der SDP/SPD-Ost oftmals evangelische Geistliche waren, lag nicht nur daran, dass die Kirchen eine Sonderstellung in der DDR einnahmen, sondern

45 Initiativgruppe der SDP/IFM/DA/Friedenskreis Pankow/DJ/NF/Gruppe Demokratische SozialistInnen, »Gemeinsame Erklärung«, 4.10.1989, RHG, SDP 01.

46 Meckel, Programmatischer Vortrag zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), S. 396; [Vorstand der SDP], »SDP Sozialdemokratische Partei in der DDR«, Berlin-Ost, 7.10.1989, Privatbesitz Torsten Hilse.

47 Sturm, Uneinig in die Einheit, S. 134 und 141.

48 Meckel, Programmatischer Vortrag zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), S. 395f.

49 Zu den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der Gründer vgl. Gohle, Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD, S. 85ff.

50 Etienne Dubsloff, »Oser plus de social-démocratie«. La récréation et l'établissement du Parti social-démocrate en RDA, Berlin 2019, S. 115–124.

auch daran, dass ihre Erfahrung in den Synoden ihnen bei der politischen Arbeit zugutekam.⁵¹ Bianca von der Weiden zeichnet nach, dass ein Großteil der Gründerinnen und Gründer in gut situierten, regimekritischen, oft kirchlich geprägten Familien aufwuchs. Oft waren die Mütter untypischerweise für die DDR Hausfrauen, sodass ihre Kinder in der Regel dem Einfluss der staatlichen Massenorganisationen entzogen werden konnten.⁵² Ganz wie die Aktivisten aus den Bürgerbewegungen IFM, »Initiative Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung« und der »Umweltbibliothek« bildeten die SDP-Gründerinnen und Gründer eine soziokulturelle Gegenelite zum Regime.⁵³ Dieses bestand gemäß den Gründungsmythen der DDR und der SED aus ausgebildeten Arbeitern und Vertretern der Intelligenzija. So gesehen sprach das Regime, das der DDR-Gesellschaft viel eher entsprach, bezüglich der Bürgerbewegungen mit Fug und Recht von konterrevolutionären Kräften. Die soziologische Zusammensetzung der Gründergeneration konnte also die Gegnerschaft zum Regime begründen; die frappierende Ähnlichkeit zu den Bürgerbewegungen zeigt jedoch, dass die Wahl der Mittel und die Bestimmung der Ziele nicht auf rein soziologischen Fakten beruhen.

Die Gründerinnen und Gründer der SDP waren sich ihrer Sonderstellung in der DDR-Gesellschaft durchaus bewusst. Um über den revolutionären Moment hinaus zu einem Machtfaktor innerhalb eines auf freien Wahlen beruhenden Systems zu werden, mussten sie sich allen Schichten der Gesellschaft, zu der sie anfangs im krassen Gegensatz standen, öffnen. So mag der Versuch gedeutet werden, die SDP als Volkspartei zu etablieren: ein Anspruch, dem sie weder quantitativ noch qualitativ je gerecht wurde. Ging sie zur Jahreswende 1989/1990 von einer Mitgliederzahl von rund 100.000 aus, zählte der westdeutsche SPD-Vorstand im Sommer 1990 nur rund 25.000 Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der DDR.⁵⁴ Die Auswertungen der Volkskammer- und Kommunalwahlergebnisse zeigen sehr deutlich, dass die SPD-Ost in keiner soziologischen Gruppe stärkste Kraft zu werden vermochte. Diese Tatsache gab Wasser auf die Mühlen der Parteitagsdelegierten, die monierten, dass die SDP/SPD-Ost mit ihren Positionierungen und ihrem Führungspersonal breite Kreise der Bevölkerung und in besonderem Maße die Arbeiterschaft nicht erreiche.⁵⁵ Vor Dezember 1989 stellte sich die Frage jedoch noch nicht, da die Legitimität der SDP auf ihrem Status als Antithese zur SED beruhte.

Das Selbstverständnis, die hochgehaltenen Symbole und die personelle Zusammensetzung der SDP-Gründerinnen und -Gründer weisen auf den Willen hin, mit der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR einen fundamentalen Umsturz in der DDR herbeizuführen, der die alten Herrschaftsstrukturen und Machthaber ablösen sollte. Über Wahlen sollte die Partei in die Position versetzt werden, eine grundlegende Demokratisierung in der DDR herbeizuführen. Allein, die Mitgliederstärke der SDP war viel zu schwach,

51 Weiden, Das Profil der Sozialdemokratischen Partei in der DDR, S. 51.

52 Ebd., S. 47.

53 Thorsten Moritz, Gruppen der DDR-Opposition in Ost-Berlin – gestern und heute. Eine Analyse der Entwicklung ausgewählter Ost-Berliner Oppositionsgruppen vor und nach 1989, Berlin 2000, S. 136ff.

54 Bernd Musiolek/Carola Wuttke (Hrsg.), Parteien und politische Bewegungen im letzten Jahr der DDR, Berlin 1991, S. 58f.; Sturm, Uneinig in die Einheit, S. 378.

55 Karsten Grabow, Abschied von der Massenpartei. Die Entwicklung der Organisationsmuster von SPD und CDU seit der deutschen Vereinigung, Wiesbaden 2000, S. 65, und exemplarisch die Wortmeldungen von Marawitsch, in: Vorstand der SDP (Hrsg.), Protokoll Delegiertenkonferenz der Sozialdemokratischen Partei in der DDR 12.1.–14.1.1990. Berlin, Kongreßhalle, Alexanderplatz, Berlin(-Ost) 1990, S. 172f., AdsD, 2/SDPA000007, oder Käthe Woltemath, in: Protokoll vom Parteitag der SPD (Ost) in Berlin, Internationales Congress Centrum (ICC), 26. September 1990, in: Vorstand der SPD (Hrsg.), Protokoll der Parteitage der SPD (Ost), der SPD (West), Berlin, 26.9.1990, Bonn 1990, Sp. 3–140, hier: S. 70–75.

um die hochgesteckten Ziele aus eigener Kraft zu erreichen. Dagegen entsprechen die demonstrierenden Bürgerinnen und Bürger viel eher dem Kriterium des »von unten« erzwungenen Wandels. Den Bürgerbewegungen, zu denen zu diesem Zeitpunkt bei allen Unterschieden auch die SDP zuzurechnen ist, fällt die gemeinsame Rolle zu, nicht nur als Forum, sondern als Katalysator der Bewegung zu dienen.

Für die Verfechter der Revolutionsthese bilden die Monate Oktober und November 1989 den revolutionären Höhepunkt. Dies ist insofern berechtigt, als in dieser Phase Bürgerbewegungen und Massenproteste trotz unterschiedlicher politischer Ausrichtungen⁵⁶ eine Einheitsfront bildeten, die dem Regime gegenüberstand. Diese zwei Monate lieferten auch die revolutionärsten Fernsehbilder, man denke an die wöchentlichen Umzüge auf dem Leipziger Ring (rund 70.000 Demonstrierende), an die Massendemonstrationen in der Hauptstadt am 7. Oktober und noch einmal am 4. November auf dem Alexanderplatz (rund 200.000 Teilnehmende), in deren Verlauf Regime und Opposition gleichermaßen das Wort ergriffen.⁵⁷ Das medial einprägsamste Bild dürfte jedoch jenes sein, das sinnbildlich für den »Mauerfall« steht und im Nachhinein auch die Überwindung des »Eisernen Vorhangs« und der Blöcke symbolisch erfasste: die tanzenden DDR-Bürger auf der Berliner Mauer.⁵⁸

Gegen die analytische Verwendung des Revolutionsbegriffs und für die Kollapsthese spricht das Nichteingreifen der Staatsmacht während der SDP-Gründung am 7. Oktober und das Ausbleiben von staatlicher Gewalt am darauffolgenden Montag in Leipzig beziehungsweise die Erklärung, dass das Regime sich nicht mehr in der Lage wähnte, repressiv vorgehen zu können. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) begnügte sich damit, die als konterrevolutionär eingestufte Gründungsveranstaltung in Schwante zu überwachen.⁵⁹ Freilich muss bedacht werden, dass nach der Aufkündigung der Brežnev-Doktrin durch Michail Gorbatschow ab 1985 repressive Maßnahmen gegen das Volk in Eigenverantwortung Ostberlins hätten erfolgen müssen.⁶⁰ Bei dieser Betrachtung darf man nicht der Teleologie anheimfallen: Aus Sicht der Akteure handelten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gegen ein Regime, das noch im Sommer 1989 die »chinesische Lösung« bei der blutigen Niederschlagung des Studentenaufstands gutgeheißen hatte.⁶¹ Anders ausgedrückt, die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sowie die anderen Bürgerrechtler oder Demonstranten mussten damit rechnen, dass sie Opfer von Gewalt werden könnten. Nicht von ungefähr erinnern sich die Zeitzeugen an eine Stimmung während der SDP-Gründung, die zwischen Angst, Ernst und Freude oszillierte.⁶² Die Erosion der Macht war so gesehen nicht Vorbedingung der Anfechtung des Regimes, beide bedingten vielmehr einander.⁶³

Die Phase, die von Oktober bis November reicht, ist für Richter und Merkel auch im Ergebnis die revolutionärste, nämlich jene, die zum Systemsturz führte.⁶⁴ Als Reaktion auf den Druck der Straße wird Erich Honecker am 18. Oktober von Egon Krenz im Zuge einer Palastrevolution gestürzt und ersetzt. Die »Wende«, die Krenz versprach, ließ den Bürgern der DDR und besonders den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wenig Hoffnung auf grundlegende Veränderungen, die durch die SED initiiert werden würden. Dafür

56 Henke, 1989, S. 27–32; Richter, Die doppelte Demokratisierung, S. 83–88.

57 Vgl. zu den Zahlenangaben Henke, 1989, S. 28; Kowalczyk, Endspiel, S. 446f.

58 Henke, 1989, S. 31f.

59 Gohle, Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD, S. 69–83.

60 Kowalczyk, Endspiel, S. 303.

61 Ebd., S. 33.

62 Vgl. die Gespräche mit Angelika Barbe, Torsten Hilse, Steffen Reiche, Johannes und Oliver Richter.

63 Jarausch, Kollaps des Kommunismus oder Aufbruch der Zivilgesellschaft?, S. 34.

64 Richter, Die doppelte Demokratisierung, S. 82.

war der Austausch des Führungspersonals nicht weitreichend genug. Vor diesem Hintergrund war der »Regierungswechsel« von Honecker zu Krenz weit weniger einschneidend als der von letzterem zu Modrow. Dieser genoss nämlich als früheres Objekt einer Schelte Honeckers den Nimbus des Reformators, eine Wahrnehmung, die führende Köpfe der SDP indes bis heute nicht teilen.⁶⁵ Zwischenzeitlich fiel die Berliner Mauer, wiederum nicht zufällig, sondern weil der Druck »von unten« zu hastigem Handeln führte. Die Grenzöffnung, die von den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Osten zunächst mit betretenem Schweigen quittiert wurde, wurde von ihnen erst am 3. Dezember offiziell begrüßt. Sie führte aber zu einer erneuten Verstärkung des Drucks sowohl auf das Regime als auch auf die Opposition, da der Ausreise der unzufriedenen Bevölkerung buchstäblich nichts mehr im Wege stand.⁶⁶

Wie alle Akteure der friedlichen Revolution inklusive des Regimes waren auch die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Herbst 1989 vom rasanten Wandel und der Offenheit des Ausgangs inhaltlich überfordert. Das Trachten nach Demokratisierung blieb bestehen, die konkrete Ausarbeitung eines Programms musste jedoch erst noch erfolgen. Die Gründungsgeneration war zeitgleich mit dem Aufbau von Parteistrukturen befasst, was unter sehr schwierigen technischen Voraussetzungen und ohne freie ostdeutsche Medien viel Kraft erforderte, zumal die Beteiligten politische Novizen waren. Auch wurden erste Kontakte zur West-SPD geknüpft.⁶⁷

Während der großen Montagsdemonstration vom 20. November 1989 wurde die basisdemokratische Losung »Wir sind das Volk« in die Losung »Wir sind ein Volk« umgemünzt, die auch den Druck nicht nur auf das Regime, sondern auch auf die Bürgerbewegungen und die SDP vergrößerte, sich zur nationalen und staatlichen Einheit zu bekennen. Die Existenz der DDR als Staat stand nunmehr auf dem Spiel.⁶⁸ Henke gibt zu bedenken, dass selbst Helmut Kohls 10-Punkte-Plan vom 28. November 1989, der erst einmal nur »konföderative Strukturen« zwischen Bundesrepublik und DDR in Aussicht stellte⁶⁹, auf Druck der ostdeutschen Straße zustande kam. Die Frage, ob die DDR ohne Mauer überhaupt überlebensfähig war, muss ihrerseits dahingestellt bleiben.⁷⁰ Zum damaligen Zeitpunkt erschien sie den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten möglich. Erst am 3. Dezember entschied der Vorstand auf Druck der eigenen Basis, die staatliche Einheit zum Ziel der SDP zu erklären, die jedoch auf Augenhöhe zwischen zwei gleichwertigen Staaten ausgehandelt werden müsse:

»Die Sozialdemokraten in der DDR bekennen sich zur Einheit der Deutschen Nation. Diese Einheit muß von beiden deutschen Staaten gestaltet werden. [...] Wir sind dabei, gleichberechtigte Partner bei dieser Gestaltung zu werden. Eine schnelle Wiedervereinigung im Sinne eines Anschlusses an die BRD würde genau dies gefährden.«⁷¹

65 Kowalcuk, Endspiel, S. 314; Gespräch mit Angelika Barbe.

66 Bernd Eisenfeld, Macht und Ohnmacht. Ausreise aus der DDR, in: Hans-Herrmann Hertle/Konrad H. Jarausch/Christoph Kleßmann (Hrsg.), Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen, Berlin 2002, S. 223–236, hier: S. 233.

67 Gespräch mit Steffen Reiche; Hans-Jochen Vogel, Der Anteil der SPD am deutschen Einigungsprozess, in: ders./Erhard Eppler/Wolfgang Thierse (Hrsg.), Was zusammengehört. Die SPD und die deutsche Einheit 1989/90, Freiburg im Breisgau 2014, S. 9–183, hier: S. 53f.

68 Karl-Rudolf Korte, Die Chance genutzt? Die Politik zur Einheit Deutschlands, Frankfurt am Main/New York 1994, S. 82.

69 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin, Nr. 134, S. 1141–1148, hier: S. 1147.

70 Laut Henke bedeutete der Mauerfall, dass »die Monopolpartei [...] ihr letztes Druckmittel gegenüber der eigenen Bevölkerung verloren und ihr letztes Tauschmittel gegenüber der Bundesrepublik verloren« hatte, womit sie endgültig scheitern musste, vgl. Henke, 1989, S. 13.

71 Vorstand der SDP, Die SDP zur Deutschlandfrage, Berlin, 3.12.1989, RHG, SDP 02. Während Sturm hervorhebt, dass die ostdeutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den Mauer-

Dieses Mantra der SDP/SPD-Ost war keineswegs gleichzusetzen mit dem Anliegen, die DDR schnellstmöglich zu begraben und der Veränderung durch die Bundesrepublik preiszugeben. Dessen ungeachtet zeigt sich an diesem Vorgehen der Spagat, den die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten machen mussten, um sich die Unterstützung der Bürgerbewegungen und der Demonstranten zu wahren. Anders ausgedrückt, offenbarte sich in der Frage der »deutschen Einheit« ein erstes Bröckeln der oppositionellen Einheitsfront gegenüber dem Regime, was auch als Zeichen für die erodierende Wehrhaftigkeit des Regimes gelten darf. War für Richter die Frage der repräsentativen Demokratie versus Basisdemokratie der strukturelle Zankapfel innerhalb der Bürgerbewegungen, galt die »deutsche Frage« als programmatisches Motiv der Ausdifferenzierung.⁷² Im Nachhinein erscheint deutlich, dass die SDP-Gründerinnen und -Gründer ein zwiespältiges Verhältnis zur deutschen Einheit hatten. Während Meckel weiterhin die These vertritt, dass die eigenständige Demokratisierung der DDR für die wünschenswerte Einheit eine unerlässliche Vorbedingung war, unterstreichen Angelika Barbe und Torsten Hilse, dass sie immer für die Vereinigung gewesen seien.⁷³ Der Wahrheitsgehalt dieser Bekundungen lässt sich im Nachhinein nicht rekonstruieren. Dass die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sich spät, aber deutlich für die deutsche Einheit ausgesprochen haben, mag jedoch erklären, warum sie mit 21,9% für einen Vertreter der Bürgerbewegungen bei der Volkskammerwahl verhältnismäßig gut abschnitten.⁷⁴ Die Forderung nach einer raschen Einheit unter Führung der Bundesrepublik zeugte nämlich von einem Verdruss gegenüber Experimenten in einem Staat, der seit 40 Jahren nach einem immer wieder aufgeschobenen Fortschritt trachtete.⁷⁵

Bevor es jedoch zur Volkskammerwahl kommen konnte, bedurfte es profunder Veränderungen im Gebilde DDR. Im Folgenden soll die Aushandlung des Wandels von einem autoritär geführten Regime zu einem demokratischen Staat untersucht werden. Dabei soll auch ein Fokus auf die Implementierung der eigenen Ansprüche als revolutionäre Partei seitens der SDP/SPD-Ost gelegt werden.

III. DER REVOLUTIONÄRE WINTER: DER »AUSGEHANDELTE« SYSTEMWECHSEL

Die Einsetzung des Zentralen Runden Tisches am 7. Dezember 1989 durch die SED mit ihrem neuen starken Mann, Hans Modrow, stellt einen wahrhaftigen Bruch in der Geschichte der DDR dar. Die Einberufung erfolgte auf Druck der Opposition und der Demonstrierenden. Er stellte eine Konsequenz radikal veränderter Vorzeichen dar, die sich wiederum auf die Identität der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auswirkten. Fortan wurde zwischen vormals verbotenen und bekämpften Gruppen der Opposition und Repräsentanten des Regimes die tatsächliche Demokratisierung durch die Schaffung neuer

fall begrüßten, unterstreicht Gohle, dass der SDP-Vorstand vom Mauerfall überrumpelt wurde und unter dem Leitgedanken »der Weg der Demokratisierung braucht Stabilität« sofort die Beibehaltung der Zweistaatlichkeit einforderte, vgl. *Sturm*, Uneinig in die Einheit, S. 140f., und *Gohle*, Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD, S. 98ff. Der Mauerfall war für Bärbel Bohley und andere Köpfe des »Neuen Forums« hingegen eine Hiobsbotschaft, fühlten sie sich dadurch doch der Chance beraubt, ihren Staat eigenmächtig zu verändern, vgl. *Markus Trömmel*, Der verhaltene Gang in die deutsche Einheit. Das Verhältnis zwischen den Oppositionsgruppen und der (SED-)PDS im letzten Jahr der DDR, Frankfurt am Main/Berlin 2002, S. 137–154.

72 *Richter*, Die doppelte Demokratisierung, S. 86f.

73 Gespräch mit Markus Meckel, Angelika Barbe und Torsten Hilse.

74 *Korte*, Die Chance genutzt?, S. 124 und 209, *Wolfgang Gröf*, »In der frischen Tradition des Herbstes 1989«. Die SDP/SPD in der DDR: Von der Gründung über die Volkskammerarbeit zur deutschen Einheit, Bonn 1996, S. 30f.; *Grabow*, Abschied von der Massenpartei, S. 7.

75 *Henke*, 1989, S. 41–43; *Sabrow*, Die unerhörte Begebenheit, S. 300.

Strukturen ausgehandelt. Von dem Austausch der SED-Führung einmal abgesehen, war es bisher zu keinem greifbaren Systemwechsel in der DDR gekommen. Der Wechsel, der nun stattfinden konnte, sollte nicht mehr auf Druck der Straße durch das scheidende Regime, sondern über die direkte Aushandlung zwischen Regime und Vertretern der Opposition vorgenommen werden. Es kam so zur Institutionalisierung der »Zivilgesellschaft«, die sich zu einem unabhängigen politischen Akteur wandelte.

Dazu musste vorher, am 1. Dezember, von der alten Volkskammer die Streichung des Führungsanspruchs der SED nach Art. 1 der Verfassung vollzogen werden. Es handelte sich jedoch nicht um eine freimütige, tief greifende Reform durch die SED, sondern um ein Nachgeben. Ein erstes Grundanliegen der ostdeutschen Sozialdemokratie war befriedigt: Die Alleinherrschaft der SED war gebrochen, der alleinige Wahrheitsanspruch passé. Gleichzeitig veränderte sich der Status der SDP/SPD-Ost vollends. Sie wandelte sich – just zwei Monate nach ihrer Gründung – von einer illegalen kleinen Partei, deren Legitimität auf der Gegnerschaft zur SED beruhte, zu einer vom Regime als Teil der Opposition anerkannten⁷⁶ größeren Partei, die Verantwortung für ihr Handeln übernehmen musste. Sie war fortan de facto Teil des institutionellen Machtgefüges in der DDR. Dabei war diesem Statuswechsel der SDP in der DDR sicherlich dienlich, dass unterdessen die SPD ihre Paralleldiplomatie zur SED nicht ohne Widerwillen aufgegeben und die SDP zu ihrer Schwesterpartei in der DDR erklärt hatte.⁷⁷

Die Arbeit der SDP/SPD-Ost am Zentralen Runden Tisch kann hier nicht eingehend nachgezeichnet werden. Es wird nur auf die Handlungen eingegangen, die zur Demokratisierung als »ausgehandeltem Systemwechsel« der DDR beitragen konnten beziehungsweise von tatsächlicher Implementierung zeugten.⁷⁸ Während der Arbeit des Zentralen Runden Tisches litten die Vertreter der Opposition darunter, dass ihr Handeln jedweder gesetzlichen Grundlage oder tatsächlichen Legitimierung durch das Wahlvolk entbehrte. Die gefassten Entschlüsse wurden dank alter autoritärer Mechanismen von der Volkskammer übernommen.⁷⁹ Formal gesehen war bei allen Gesetzesänderungen wie schon bei der Verfassungsänderung das Regime der vollziehende Akteur, nur handelte es auf Druck der am Zentralen Runden Tisch vertretenen Parteien und Bürgerbewegungen.

Auch Modrow war sich der mangelnden Legitimität bewusst und bestand darauf, Vertreter der Opposition in sein Kabinett aufzunehmen. Die Mitglieder des Vorstands der SDP/SPD-Ost sträubten sich, Minister ohne Zuständigkeitsbereich in einer SED-PDS geführten Regierung zu werden, fürchteten sie doch im Umkehrschluss, ihre Legitimität als Spitzenpolitiker für die Zeit nach dem endgültigen Sturz des Regimes einzubüßen. So darf es auch nicht verwundern, dass am 5. Februar 1990 die nunmehrige SPD-Ost mit Walter Romberg keinen Gründer in die Regierung Modrow entsandte.⁸⁰

76 Drei Tage zuvor forderte der Geschäftsführer der SDP die Anerkennung seiner Partei durch das Ministerium des Innern, vgl. *Manfred Böhme*, Zulassung der SDP in der DDR und ihre Arbeitsbedingungen, Berlin, 4.12.1989, RHG, MaB 54.

77 Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung (Hrsg.), »... auf 'ne gute Zukunft für die soziale Demokratie ...« Das Treffen von Hans-Jochen Vogel und Willy Brandt mit führenden Vertretern der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 10. November 1989 in Ost-Berlin, Berlin 2014; Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Das verfemte Dokument. Zum 10. Jahrestag des SPD/SED-Papiers »Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit«, Berlin 1997, URL: <http://library.fes.de/library/netzquelle/ddr/politik/pdf/verfemte_1.pdf> [20.11.2019].

78 *Gohle*, Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD, S. 141–152; *Uwe Thaysen*, Der Runde Tisch. Oder: Wo blieb das Volk? Der Weg der DDR in die Demokratie, Opladen 1990.

79 *Kowalczyk*, Endspiel, S. 495f.

80 *Sturm*, Uneinig in die Einheit, S. 295f.; *Gohle*, Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD, S. 148ff.

Peter Gohle zeigt auf, dass die Sozialdemokraten bis Januar 1990 Seite an Seite mit den Bürgerbewegungen und Parteien der anerkannten »Opposition« agierten, solange die fundamentale Bekämpfung der alten Macht auf der Agenda stand. So forderten sie gemeinsam die Kontrolle der Regierungsarbeit oder die Abschaffung des MfS beziehungsweise seines Nachfolgers, des »Amts für Nationale Sicherheit«.⁸¹ Eine weitere zentrale Etappe auf dem Weg zur Demokratisierung war für die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten das Abhalten freier Wahlen. Die Vertreter der »Opposition« erreichten, dass die Sitzungen ab dem 8. Januar 1990 live im Ostfernsehen übertragen wurden, wodurch die Verhandlungen auch die Gelegenheit boten, Wahlkampf zu betreiben. Setzten die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten vormals auf die Berichterstattung durch die Westmedien, konnten sie nunmehr auch DDR-intern Werbung in eigener Sache machen beziehungsweise sich von den zu Konkurrenten werdenden Bürgerbewegungen medienwirksam abgrenzen.⁸² So darf es nicht verwundern, dass der Zentrale Runde Tisch zum Austragungsort der Diskussion wurde, wodurch dem demonstrierenden Volk die zentrale Rolle im Wandlungsprozess genommen wurde.⁸³ Gleichzeitig muss hervorgehoben werden, dass die Vertreter der Bürgerbewegungen am Zentralen Runden Tisch in der Regel nicht nur politisch unerfahren, sondern auch medienscheu waren. Das könnte erklären, warum die friedliche Revolution keine großen Persönlichkeiten hervorgebracht hat, die es verstanden hätten, sich medienwirksam als revolutionäre Heldenfiguren zu inszenieren.⁸⁴

Beim Aushandeln des Wahltermins kam es aus Eigeninteresse zu einem Umschwenken der Sozialdemokratie. Da ein frühestmöglicher Wahltermin sowohl für die den Umständen entsprechend äußerst strukturierte Sozialdemokratische Partei als auch für die im Zusammenbruch befindliche SED-PDS von Interesse war, kam es Ende Januar/Anfang Februar 1990 zu einer De-facto-Allianz zwischen den verfeindeten Parteien. Die Bürgerbewegungen blieben dabei außen vor.⁸⁵ Dem 6. Mai, der einen Bezug zu den Montagsdemonstrationen hergestellt hätte, wurde der 18. März vorgezogen, der auf die Märzrevolution von 1848 verwies. Dieses Datum wurde keineswegs zufällig gewählt, stellte es doch einen symbolischen Bezug zur Parlamentarisierung der Revolution von 1848 dar. Zudem sprachen sich die Vertreter der SPD-Ost dafür aus, dass nur Parteien zur Wahl antreten dürften, nicht aber Bewegungen. Man kann diese Episoden als Zeichen des Untergangs des Regimes werten, da der bisherige Schulterchluss innerhalb der Opposition sich als Zweckallianz auf Zeit entpuppte. Sie brach auf, sobald der gemeinsame Gegner besiegt war und das gemeinsame Ziel, nämlich die Demokratisierung des Landes, in greifbare Nähe rückte.

Allen Differenzen zum Trotz hatten die Teilnehmer am Zentralen Runden Tisch den Versuch unternommen, eine neue demokratische Verfassung zu entwerfen und noch vor dem Abhalten der freien Wahlen neue Regeln aufzustellen, nach denen die neuen Vertreter des Volkswillens hätten agieren müssen. Damit bemühten sie sich, eine neue Verfassung als Basis für einen neuen Staat DDR zu implementieren. Allerdings wurde diese neue Verfassung nie fertig ausgehandelt und bei einem negativen Votum der SPD-Ost an die Volkskammer überwiesen. Das von Konrad Elmer-Herzig auch im Nachhinein bemängelte Verhalten seiner Partei in dieser Frage beruhte auf dem Anliegen, dass die neue Verfassung von einem demokratisch gewählten Parlament ausgearbeitet werden sollte. Inhaltlich erschien den Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der vorgelegte Entwurf allzu

81 Vgl. ebd., S. 141–151.

82 Kowalczyk, Endspiel, S. 497.

83 Richter, Die doppelte Demokratisierung, S. 87.

84 Jarausch, Kollaps des Kommunismus oder Aufbruch der Zivilgesellschaft?, S. 40; Martin Sabrow, Die DDR im Gedächtnis der Gegenwart, in: Koch-Baumgartner/Gajdukowa/Conze, Die demokratische Revolution 1989 in der DDR, S. 234–248, hier: S. 247f.

85 Kowalczyk, Endspiel, S. 145ff.

basisdemokratisch geprägt. Sie befürworteten mehrheitlich eine repräsentative Demokratie.⁸⁶ Aufgrund der größeren Distanz zum real existierenden Sozialismus könnte das Streben der Bürgerbewegungen nach Basisdemokratie als revolutionärer gelten als das nach einem repräsentativen System. Andererseits handelte die SPD-Ost auch machtpolitisch, wählte sie sich doch als zukünftige Wahlsiegerin, also als jene Kraft, die bei der Aushandlung einer eventuellen neuen Verfassung federführend sein würde. Mit anderen Worten, sie setzte darauf, den revolutionären Akt der Verkündung einer neuen Verfassung selbst und nach eigenen Vorstellungen vorzunehmen. Im Ergebnis hat sie bei dieser Gelegenheit die Chance vertan, die verfassungsmäßige Implementierung der Revolution zu prägen.

Zudem machten sich Martin Gutzeit und Susanne Kschenka unter den Vorzeichen eines erfolgreichen Wahlausgangs daran, die Geschäftsordnung der Volkskammer und der Regierung nach westdeutschem Modell umzuschreiben, getreu dem Anspruch, demokratische Strukturen in der DDR zu schaffen.⁸⁷ Diese Texte beinhalteten im Übrigen auch die Entlassung der Staatssekretäre und der vorbelasteten Abteilungsleiter, wodurch ein Austausch der Entscheidungsträger vorgesehen war, wie er in Revolutionen typischerweise vorgenommen wird.⁸⁸

Mit der Volkskammerwahl endete unwiederbringlich die Vormachtstellung des alten Regimes: Weniger als 3 % der Mitglieder der neuen Volkskammer waren Teil der vorigen gewesen, selbst die SED-PDS wurde grunderneuert, denn ihre Fraktion zählte nur drei erfahrene Parlamentarier. Die politische Revolution, wie sie sich die Gründergeneration der SDP/SPD-Ost auf die Fahnen geschrieben hatte, war vollführt, es blieb die Aufgabe, die Wirtschaft und die Gesellschaft zu demokratisieren und die politische Kultur zu festigen. Es stellt sich die Frage, welcher Moment tief greifendere Veränderungen im Sinne der Demokratisierung der DDR herbeigeführt hat: die massive und dramatische Bewegung aus Sozialdemokratie, Bürgerbewegungen und Demonstrierenden im Zuge der »friedlichen« Revolution oder die nüchterner anmutende elitenlastige tatsächliche Umsetzung der Demokratisierung durch Aushandlung von Gesetzesänderungen. Vom Modus erscheint der Zentrale Runde Tisch als Träger der »ausgehandelten« Revolution weniger revolutionär, weil weniger spektakulär, vom Stellenwert hinsichtlich der schnellen, tief greifenden, tatsächlichen und nachhaltigen Transformation vielleicht stärker. Hier ist ersichtlich, wie sehr die tradierten Bilder und Meistererzählungen der Revolution als gewalt(tät)iger, offener und plötzlicher Bewegung prägend in den Augen des Betrachters bleiben.

86 Gespräch mit Konrad Elmer-Herzig; *Gohle*, Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD, S. 146–152; *Richard Schröder*, Grundsätze der SDP zur Verfassung. Für die Verfassungskommission des Runden Tisches, o. O., o. D., AdsD, 2/SDPA000120.

87 [*Martin Gutzeit*], »Grundgedanken zum Regierungsaufbau«, [Berlin-Ost], 13.3.1990, AdsD, 2/SDPA000139; [*Martin Gutzeit/Christoph Matschie*], Arbeits- und Terminplan für die Vorbereitung der Parlaments- und Regierungsarbeit, [Berlin-Ost], [vor dem 15.3.1990], [*Martin Gutzeit*], SPD-Fraktion in der Volkskammer der DDR – der Vorsitzende – An die in der neuen Volkskammer vertretenen Parteien und Vereinigungen, [Berlin-Ost], [vor dem 18.3.1990], [*Martin Gutzeit*], Erste Aufgaben des geschäftsführenden Fraktionsvorstandes, [Berlin-Ost], [vor dem 21.3.1990], alle drei in: AdsD, 2/SDPA000124. Vgl. auch Gespräch mit Susanne Kschenka, und Angaben von Gutzeit und Kschenka in: II. Podium, in: *Fischer*, Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland, S. 81–116, hier: S. 83ff.

88 Im Gegensatz zu vielen Regimewechseln, in denen mangels qualifizierter Alternativen Teile der Eliten des scheidenden Regimes auch dem neuen Regime dienen, wurden im Zuge der Einheit viele staatliche Schlüsselpositionen in Ämtern, Justiz oder Wissenschaft in den Neuen Bundesländern mit westdeutschem Personal besetzt. Es kam zu einem tatsächlichen Austausch, der manchem Ostdeutschen als »Anschluss« galt, vgl. *Rainer Eckert*, Das historische Jahr 1990, in: APuZ, 2005, H. 40, S. 12–18.

IV. WAS BLIEB, WAS BLEIBT?

In Anbetracht des Ausgangs der Volkskammerwahl vom 18. März lautete die Aufgabe für eine Partei, die den Wählerauftrag ernst nahm, die Einheit zu gestalten. Grundlegende Reformen in der DDR sollten nicht mehr deren Überlebensfähigkeit garantieren, sondern ihre Kompatibilität mit der Bundesrepublik stärken. Von da an kann von einer pragmatischen und demokratischen Aufgabe der DDR seitens der Gründergeneration der SDP/SPD-Ost gesprochen werden, wobei an dem Anliegen, als »gleichberechtigte Partner« in die Einheit zu gehen, stets festgehalten wurde, dieses aber nicht durchgesetzt werden konnte.⁸⁹

Das Wahlergebnis war eine herbe Enttäuschung für die Sozialdemokratie in Ost und West. Im Wahlkampf hatte die Bonner SPD-Parteizentrale der SPD-Ost tatkräftige Unterstützung geleistet, ohne jedoch so massiv in die Planung oder die politische Ausrichtung der Partnerpartei einzugreifen, wie es CDU, CSU und FDP jeweils getan hatten. Gleichwohl war besonders Willy Brandt der exponierteste Redner in der DDR gewesen.⁹⁰

Im Gegenzug zu ihrem Einlenken in puncto Einheit nach Art. 146 GG erreichte die SPD-Ost gegen den Willen der Bundesregierung, dass mit der Währungsunion auch eine Sozialunion einherging, setzte sich erfolgreich für die Bewahrung des ostdeutschen Abtreibungsrechts auf dem Boden der neuen Bundesländer ein sowie für den Fortbestand der Krippen oder der Polikliniken.⁹¹ Somit trug die SPD-Ost die Abwicklung der DDR zwar mit, kämpfte aber darum, dass sozial- und gesellschaftspolitische Errungenschaften der DDR beibehalten und in die Bundesrepublik überführt wurden. Mit anderen Worten: Auch die Bundesrepublik sollte durch die Ausweitung des Geltungsbereichs des Grundgesetzes reformiert werden. Dabei kam es zu einer Umkehr der programmatischen Ausrichtung der SPD-Ost, die sich nun gewissermaßen zum Bewahrer der DDR-Identität im Einheitsprozess wandelte. Das hinderte sie in keiner Weise daran, auch aus der Opposition heraus noch für die Annahme der Staatsverträge durch die Bundestagsfraktion der Partnerpartei SPD zu streiten.⁹² Sie erhob damit den Anspruch, auch über die Grenzen der DDR hinweg grundlegende Veränderungen herbeizuführen. Paradoxaerweise war sie zu diesem Zeitpunkt auf dem Zenit ihrer Macht.

Als sich Ende des Frühjahrs 1990 abzeichnete, dass die staatliche Vereinigung und damit auch die Vereinigung beider sozialdemokratischer Parteien kommen würden, wurde ein ähnlicher Weg dorthin eingeschlagen. Mit anderen Worten, die SPD-Ost sollte in den Institutionen der SPD-West aufgehen.⁹³ Die ostdeutschen Sozialdemokratinnen und

89 »Ich muss aber nachträglich sagen, unser Problem war, dass die eigene Bevölkerung in der großen Mehrheit nichts anderes wollte als den Status-quo-West, und wer Demokrat ist, der kann zwar Ideen zur Disposition stellen, das haben wir gemacht, aber der muss anerkennen, dass er bei dem gegebenen Bewusstseinsstand der Bevölkerung keine Akzeptanz findet«, vgl. Gespräch mit Markus Meckel.

90 Trömmel, Der verhaltene Gang in die deutsche Einheit, S. 190f.; Grabow, Abschied von der Massenpartei, S. 80–82; o. V., Protokoll der Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses vom 6.2.1990, AdsD, 2/SDPA000060.

91 Grundsätze der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen der CDU, der DSU, dem DA, den Liberalen (DFP, BFD, F.D.P.) und der SPD vom 12. April 1990, Berlin, 12.4.1990, AdsD, 2/SDPA000140. Bis heute gelten diese Erfolge den SDP-Gründerinnen und -Gründern als maßgebliche Errungenschaften ihres Handelns, vgl. Gespräche mit Torsten Hilse, Eva Kunz, Berlin, 1.3.2011, und Knut Herbst, Berlin, 23.1.2012.

92 Sturm, Uneinig in die Einheit, S. 389–436; Gohle, Von der SDP-Gründung zur gesamtdeutschen SPD, S. 272–303.

93 Konrad Elmer, Änderungen und Ergänzungen am Organisationsstatut-West, Berlin, 1.7.1990, AdsD, 2/SDPA000188; Arnold Knigge, Sitzung der Statutenkommission der DDR-SPD am 12. Juli 1990 in Berlin (Ost), Bonn, 17.7.1990, AdsD, 2/PVDZ000236.

Sozialdemokraten setzten aus ihrer Minderheit heraus sowohl Quoten als auch einen Aspekt ihres ursprünglichen Selbstverständnisses durch: Die Willensbildung sollte fortan »von unten nach oben« erfolgen.⁹⁴ Sie besannen sich der revolutionären Ursprünge in dem Moment, als sie mit den bundesrepublikanischen Institutionen fusionierten. Genauer gesagt, die basisdemokratischen Züge, die im ursprünglichen Statut durchaus anzutreffen waren, aber im Laufe der vorangegangenen Monate zurückgedrängt wurden, erfuhren nun eine Aufwertung und wurden identitätsstiftend.⁹⁵ Ob dies das Antlitz der gesamtdeutschen Sozialdemokratie grundlegend veränderte, muss dahingestellt bleiben.

Wenn aber davon ausgegangen werden soll, dass die Bundesrepublik und auch ihre parteipolitischen Institutionen zumindest als Vollender der Revolution gelten sollen, so richtet sich das späte Handeln der Ost-Sozialdemokratie weniger gegen die DDR als gegen die »alte« Bundesrepublik, die in ihren Augen danach trachtete, ihren Wirkungskreis zu erweitern, ohne tradierte Handlungsmuster zu überdenken. Der Erfahrungswert der DDR-Sozialisation sollte nun also die »neue« Bundesrepublik »verbessern«.

Was die Fusion beider sozialdemokratischer Parteien anbelangt, verzichtete die ostdeutsche Seite auf eine Neuwahl des gesamten Vorstands anlässlich des Parteitags vom 26. bis 27. September 1990. Im Gegenzug garantierte die Westseite den hinzukommenden Landesverbänden einen Posten des stellvertretenden Parteivorsitzenden sowie zehn weitere Sitze im Vorstand und vorübergehende Quotenregelungen, die den ostdeutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten mehr Gewicht auf den Parteitag von 1991 und 1993 einräumten, als den Landesverbänden zahlenmäßig zustand. Als neuer stellvertretender Parteivorsitzender wurde Wolfgang Thierse zum Gesicht der ostdeutschen Sozialdemokratie. Der letzte Parteichef der autonomen SPD-Ost war aber als »Novemberrevolutionär«⁹⁶ eben nicht Teil der Gründergeneration der SDP gewesen, die es, wie die anderen Bürgerbewegungen auch, versäumt hatte, gerade im revolutionären Herbst eine medial wirksame Identifikationsfigur vorzuweisen.

Formal wurde die Fusion der beiden Parteien über die Verabschiedung des »Manifest[s] zur Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands« vollzogen.⁹⁷ Dabei handelte es sich um einen juristischen Trick seitens des Bonner Vorstands, um eine Urabstimmung, wie sie das Statut und das bundesrepublikanische Parteiengesetz vorschrieb, zu umgehen.⁹⁸ Diesem Text zufolge ist von der Gründung der SDP ein »Signal für das Ende der SED-Herrschaft« ausgegangen. Die Sozialdemokraten in der DDR hätten »mitgeholfen, [...] in der friedlichen Revolution die Geschicke Deutschlands zu wenden«. Schließlich wurde festgehalten, dass sie sich »als Teil jener revolutionären Bewegung, die den SED-Staat schließlich überwunden hat« verstanden hätten. Dies kommt einer minimalen Würdigung der revolutionären Verdienste der SDP-Gründerinnen und

94 Konrad Elmer, Vor- und Wirkungsgeschichte des Organisationsstatuts der SDP, in: Dowe/Eckert, Von der Bürgerbewegung zur Partei, S. 29–39, hier: S. 37f.

95 Etienne Dubslaff, Quel(s) statut(s) pour les sociaux-démocrates est-allemands (1989–1990)?, in: Allemagne d'aujourd'hui, 2017, Nr. 220, S. 14–24.

96 Sturm, Uneinig in die Einheit, S. 329; Gespräch mit Angelika Barbe.

97 Vorstand der SPD, »Manifest zur Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands«, Berlin, 27.9.1990, URL: <<https://www.vorwaerts.de/system/files/manifest.pdf>> [20.11.2019].

98 »Da es hier um die Wiederherstellung des Normalzustands der Sozialdemokratie in Deutschland geht, ist eine Urabstimmung nicht erforderlich. Das Parteiengesetz der Bundesrepublik Deutschland und das Organisationsstatut verlangen eine Urabstimmung unter den Mitgliedern der Partei bei einer ›Verschmelzung mit einer anderen Partei‹. Ein derartiger Vorgang liegt nicht vor«, vgl. [Vorstand der SPD-(West)], Änderung des Organisationsstatuts und der Finanzordnung zur Wiederherstellung der Einheit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, [Bonn], 25.6.1990, AdsD, 2/SDPA000185, S. 1.

-Gründer sowie einer Negierung ihrer ursprünglichen Zielvorstellungen gleich, zumal kein einziger von ihnen namentlich erwähnt wurde. Von den verdienten westdeutschen Sozialdemokraten Kurt Schumacher, Erich Ollenhauer, Ernst Reuter, Fritz Erler, Herbert Wehner, Gustav Heinemann, Willy Brandt und Helmut Schmidt hieß es hingegen, dass sie »den Wandel im Osten fördern und die Einheit vorbereiten konnte[n]«.

Auch das Hamburger Grundsatzprogramm aus dem Jahr 2007 begnügt sich mit folgender Feststellung: »Die friedlichen Revolutionen von 1989 haben die Spaltung Europas in Ost und West überwunden. Die deutsche Einheit hat Freiheit und Demokratie für unser ganzes Land gebracht.«⁹⁹ Die Einzigartigkeit der »friedlichen Revolution« und die Akteure selbst werden negiert, mehr noch, die Freiheit sei durch die Einheit, also durch die Bundesrepublik, herbeigeführt worden. Dabei geschieht diese bewusste Ignorierung in einem Passus des Programms, der die mythischen Grundlagen der Partei festschreibt und der Glorifizierung der eigenen Vergangenheit Raum lässt. Somit reiht sich die SPD offiziell in die Riege derer ein, die eine Revolution in der DDR – wenn überhaupt – in ihrem Aufgehen in der Bundesrepublik sehen wollen.

Diese minimale Würdigung der ostdeutschen Sozialdemokratie bezüglich der »friedlichen Revolution« und der Demokratisierung der DDR kann auf zwei miteinander verbundene machtpolitische Begebenheiten zurückgeführt werden. Zum einen hatte die in der Bundesrepublik aufgewachsene »Enkel-Generation« – Oskar Lafontaine, Björn Engholm, Rudolf Scharping, Gerhard Schröder – keinen direkten Bezug zur deutschen Nation; ganz im Gegensatz zur 1990 scheidenden Generation der SPD-Granden um Willy Brandt, Helmut Schmidt, Hans-Jochen Vogel und Johannes Rau.¹⁰⁰ Gleichzeitig zeichnete sich ein Generationenwechsel an der Spitze der Gesamt-SPD ab, sodass es im Interesse der westdeutschen Politiker lag, die Verdienste der ostdeutschen Parteigründer zu minimieren. Aus ihren anerkannten Leistungen hätten die ostdeutschen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten nämlich eine Legitimierung zum Handeln und zum Führen ableiten können. Die junge Garde im Westen wartete lieber mit dem Nimbus des »Sieg[s] des Westens« auf.

Man kann sich abschließend fragen, ob die nachträgliche Betonung des revolutionären Handelns seitens der Gründergeneration der SDP nicht vorrangig ihrem Bedeutungsverlust in der Partei geschuldet ist. Obgleich die damaligen Quellen durchaus den revolutionären Anspruch plausibilisieren, kann zum Beispiel nicht bewiesen werden, dass viele von ihnen von je her für die deutsche Einheit an sich waren oder in dem politischen System der Bundesrepublik das bessere sahen.¹⁰¹ Die Frage ist auch insofern politisch relevant, als daraus eine Legitimität zum Deuten und somit zum Handeln einhergeht. Mit der Frage, ob es in der DDR zu einer vollwertigen »friedlichen« und »ausgehandelten« Revolution gekommen sei oder nicht, stellt sich auch jene, wem der in der Regel als positiv geltende Ausgang zuzuschreiben ist. Liegen die Meriten bei der Bundesrepublik, kann sie getrost ihre Institutionen in die neuen Bundesländer übertragen. Ist jedoch eine demokratisierte DDR aus freien Stücken zur Bundesrepublik gestoßen, können die Ostdeutschen ganz andere Forderungen aufstellen.

99 Vorstand der SPD (Hrsg.), *Hamburger Programm. Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Berlin 2007, S. 8.

100 Vgl. die Äußerungen von Ingrid Matthäus-Maier und Ulrich Mählert in: III. Podium, in: *Fischer*, Von der frei gewählten Volkskammer zum vereinten Deutschland, S. 144–167, hier: S. 145f.

101 Zu den Chancen und Gefahren des Rückgriffs auf die Methoden der »Oral History« im Rahmen der Forschung zur ostdeutschen Sozialdemokratie vgl. *Etienne Dubslaff*, Faire parler les acteurs de la Révolution pacifique en RDA. Réflexions sur la coproduction de sources orales, in: *Emmanuel Droit/Hélène Miard-Delacroix/Frank Reichherzer* (Hrsg.), *Penser et pratiquer l'histoire du temps présent. Essais franco-allemands*, Villeneuve-d'Ascq 2016, S. 37–44.